

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Wilsdruff Nr. 6

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 2 M., durch unsere Vertreter tagelange in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkassen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis: III. für die 6 gespaltene Korpuszeile über deren Name, Vorkommen, die 2 spaltige Korpuszeile. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechend Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur den Behörden) die 2 gespaltene Korpuszeile III. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormitags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Einzelanfragen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingegangen ist oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Erste Ausgabe seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur J. Schanze in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Söffig, für den Inserenten: Arthur J. Schanze, beide in Wilsdruff.

Nr. 288

Sonnabend den 10. Dezember 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

Wegen Reinigung bleiben sämtliche Geschäftsräume des städtischen Verwaltungsgebäudes **Montag den 12. und Dienstag den 13. Dezember 1921 geschlossen.** Dringliche und handesamtliche Angelegenheiten werden an beiden Tagen vormittags von 11—12 Uhr erledigt.

Wilsdruff, am 5. Dezember 1921.

1018

Der Stadtrat.

## Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- In Berlin fand eine vertrauliche Sitzung über die Reparationsfrage statt, an welcher der aus Paris eingetroffene deutsche Botschafter Dr. Wäber teilnahm.
- Zwischen Deutschland und Portugal wurde ein Handelsabkommen auf Grundlage des Meistbegünstigungsrechts abgeschlossen.
- Anfolge der durch Witterungsverhältnisse notwendig gewordenen Einschränkung des Wagenverkehrs droht eine starke weitere Einschränkung der deutschen Kohlenversorgung.
- Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist für den 14. Dezember einberufen worden.
- Unter den 818 000 am 1. Oktober d. J. lebenden französischen Soldaten befanden sich 117 000 Nordafrikaner und 110 000 andere Farbige aus den Kolonien.
- Der französische Außenminister hat sich nach London begeben, um über die deutschen Reparationsleistungen zu verhandeln.

### Was sie verlangen.

Keinem Zweifel kann es mehr unterliegen, daß die Erwägungen, Besprechungen, Verhandlungen über einen Zahlungsausschub oder eine Zahlungsvereinfachung für Deutschland bei unseren ehemaligen Kriegsgegnern in ein Stadium getreten sind, das zur Entscheidung drängt. Großbritannien und Frankreich, die getreuen Brüder, so lange es galt, den deutschen Mitbewerber auf dem Weltmarkt niederzuwerfen, die habenden Verwandten bei der Verteilung der Beute, die Leidtragenden, die ihr wohlgerüttelt Maß ebenfalls anzutrinken hätten, wenn Deutschland an dem in Verfall geratenen Schiedsgerichtsbescheid wirkungslos verblieben. Der dritte große Verbündete in Europa, Italien, hat längst ein Haar in der Suppe, während und nach der Kriegskatastrophe gelochten Suppe gefunden. Es sieht sich merkwürdig über Ohr geschauen, weiß vor der anschwellenden Unzufriedenheitswelle im eigenen Lande kaum handzuhalten und möchte lieber heute wie morgen den Fehdehandschuh ins Wasser werfen, wo es am tiefsten ist, um das alte rentable Geschäft mit Deutschland wieder neu in Fluß zu bringen.

Die klugen kalten Köpfe auf den britischen Inseln denken genau so an das verlorene Geschäft und die dadurch bedingten Schwierigkeiten. Der bisherige Weg über Versailles und andere Diktatunbesonnenheiten bringt vielleicht Deutschland zum endgültigen Erliegen. Doch mit ihm stürzt Europas Wirtschaftsgedäude, Engländer und Franzosen geraten unter die Trümmer. Angstlich stehen selbst die angelsächsischen Bettern in den Dollarländern neben den wankenden Grundfesten — wer weiß, was ein solches Ereignis alles mit in den Abgrund reißen kann. Fern im Osten wittern gelbe Mäner mit unergründlichen Mienen und noch unergründlicheren Gedanken Morgenluft.

Aber Frankreich? Hier liegt des Rätsels Angelpunkt, hier wird die Tragödie fast zum Satyrspiel. Die Helden der ewigen „Gloire“ tragen noch den Klang der kriegerischen Trompete im Ohr, tausendmal betonen sie, daß sie gesiegt und gesiegt haben, stolz darauf sind und den gestürzten Feind am liebsten zur größeren Ehre der französischen Nation kurz und gründlich die Kehle abschneiden möchten. Das amerikanische Geld, britische Tommys und sonst noch viele tausend Unterstützungen sie überhäupt erst in die Lage brachten, triumphierende Gesänge anzustimmen, ist längst vergessen. Sie bestehen auf ihrem Schein, sie müssen Europa, Zivilisation, Menschlichkeit schenken vor den bösen „Barbaren“ jenseits des Rheins, sie müssen deshalb ein Millionenheer auf den Weinen halten und noch diese oder jene Provinz deutschen Landes annektieren außer Elsaß und Oberschlesien. Wenn, ja wenn das bittere Ende nicht wäre, von dem ihnen langsam doch eine Ahnung aufzukämmern beginnt. Und der ungehemmte Blick des Briten leistet ihnen auf diesem Pfad zur Erkenntnis Aufklärungsdienste.

Wandelt sich der Sieg allmählich in ein erbarmungsloses Vokierium, das die Sieger mit Haut und Haaren aufreißt, müssen neue Herde vorgeschickt werden. Gewährt man Deutschland Frist und Pause zum Atemholen, zur inneren Kräftigung, soll natürlich die Gegenleistung nicht fehlen. Umsonst ist der Tod. So macht man in Paris bereits eine Liste auf und verlangt mancherlei Dinge. Zunächst den Wert der Frachten, der in fünf Jahren, wenn die deutsche Handelsflotte wieder aufgebaut sein wird, dem Reiche dieselben Einnahmen verschaffen kann, wie vor dem Kriege, die deutschen Werte im Ausland, die mit der Wiederbelebung des deutschen Handels erwachsen werden, die durch Reisende nach Deutschland gebrachten ausländischen Devisen, die Unternehmungen, Grundstücke usw., die von

Deutschen im Auslande erworben werden, eine Bankkommission in Deutschland für Operationen in ausländischen Devisen, überhaupt ziemlich eine Finanzüberwachung, die bis ins geheimste Fach des deutschen Portemonnaies dringt. Ferner Abbau der an Private gewährten Reichsleistungen, der Zuschüsse zur Brotversorgung aus dem Auslande, der Arbeitslohnentwendungen, der Industrie- und Ausfuhrerleichterungen, anderes mehr und selbstverständlich viele Extrawürste für das teure, große, gerechte Frankreich.

Beschcheidenheit, Blick für die Möglichkeiten, die Erfahrung, das neben dem gallischen Mittelpunkt der Welt noch einige mit Menschen bewohnte Gebiete existieren, sind Lehrsätze, die immer noch nicht in den Werksbüchern der meisten französischen Politiker stehen. Möglicherweise erteilt man ihnen jetzt in London, wohin sich der französische Außenminister Louchet zu soeben mit einem Stab von Mitarbeitern begeben hat, eine Anzahl nützlicher Lektionen. Brian soll demnächst mit Lloyd George in gleicher Angelegenheit sprechen wollen. Werden die Herren dabei lernen, daß sie ihre Ansprüche — wohl oder übel — so formulieren müssen, um Deutschland bei den finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen nicht als unbeachtliche Größe auszuscheiden, wie sie es bisher beliebt haben? Nur dann kann sich etwas gestalten, mögen sie es nun Friedensvertragsresten, Moratorium, Zahlungsausschub oder sonstwie benennen.

### Deutsch-portugiesisches Handelsabkommen.

Meistbegünstigung für deutsche Waren.

Am 6. Dezember ist ein deutsch-portugiesisches Abkommen zustande gekommen, durch das Portugal deutschen Waren mit sofortiger Wirksamkeit die Meistbegünstigung zunächst für ein Jahr zusichert. Die portugiesische Regierung hat sich weiterhin verpflichtet, alsbald eine Verordnung zu erlassen, nach welcher die deutschen Staatsangehörigen in Zukunft in Portugal und seinen Kolonien die gleiche Behandlung genießen werden wie die Angehörigen aller andern Länder.

Das Abkommen nimmt Deutschland nur von denjenigen Vorteilen aus, die Portugal Spanien und Brasilien gewährt. Alle übrigen Vorteile werden auch Deutschland zugewendet. Portugal verzichtet auch auf die Valutazuschläge.

Deutschland verpflichtet sich, eine gewisse Menge portugiesischer Spezialweine (Madeira und Portwein) nach Deutschland hineinzu lassen. Die Menge wird geringer sein, als die von Deutschland vor dem Kriege eingeführt. Die deutsche Ausfuhr nach Portugal hat sich in der letzten Zeit, besonders was Handelswaren und Maschinen anbelangt, sehr gehoben. Diese Ausfuhr wird sich jetzt erst recht steigern, nachdem die Rechtsicherheit für Deutschland wieder hergestellt ist. Das während des Krieges beschlagnahmte und noch nicht verkaufte deutsche Eigentum wird zurückgegeben.

### Deutsch oder polnisch?

Die Wahl der Staatsangehörigkeit.

Der Friedensvertrag gibt denjenigen deutschen Staatsbürgern, die in den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten wohnen, das Recht, sich bis zum 10. Januar 1922 zu entscheiden, ob sie die deutsche oder die polnische Staatsangehörigkeit besitzen wollen. Von der deutschen und der polnischen Regierung sind Ausführungsbestimmungen zu dieser Vorschrift erlassen worden, die aber noch nicht für Oberschlesien gelten. Die Wahl geschieht durch Abgabe einer nach deutschem Recht wirksamen Optionserklärung für Deutschland. Dazu berechtigt sind alle Personen (auch die Beamten), welche am 10. Januar 1920 als deutsche Reichsangehörige innerhalb des jetzigen polnischen Staatses ihren Wohnsitz hatten und dort bereits vor dem 2. Januar 1908 anässig waren. Ununterbrochener Wohnsitz in Polen in dieser Zeit ist nicht erforderlich. Wer sowohl in Polen als auch außerhalb Polens seinen Wohnsitz hatte, ist gleichfalls optionsberechtigt. Unfreiwillige Aufgabe des Wohnsitzes in Polen nach dem 9. November 1918 wird ebenso angesehen, als ob die in Frage kommenden Personen am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz in Polen noch gehabt hätten.

Ebenso werden die deutschen Reichsangehörigen polnischen Stammes und polnischer Muttersprache (Polen deutscher Reichsangehörigkeit), welche am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz in Deutschland hatten, in die Lage versetzt, für Polen zu optieren. Abgesehen hat

sich Polen verpflichtet, alle in Polen geborenen, deren Eltern zur Zeit der Geburt dort ihren Wohnsitz hatten, ohne Rücksicht auf ihren letzten Wohnsitz als polnische Staatsangehörige anzuerkennen. Andererseits besteht auch die Möglichkeit, durch ein Schreiben an ein polnisches Konsulat auf die polnische Staatsangehörigkeit zu verzichten.

Die interessierten Personen, insbesondere soweit sie noch Vermögen in Polen haben, werden genötigt sein, sowohl nach der deutschen wie nach der polnischen Optionsverordnung zu optieren. Die deutsche Optionserklärung kann zu Protokoll oder in schriftlicher Form innerhalb Deutschlands vor den höheren Verwaltungsbehörden (in Preußen vor den Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten in Berlin), im Auslande vor den amtlichen deutschen Vertretungen, abgegeben werden. Die Unterschrift muß beglaubigt sein.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Stand der Entwaffnung am 1. Oktober.

Der Reichstrennungsgesellschaft sind bis zum 1. Oktober d. J. an Kriegsgerät zur Zerstörung übergeben worden: Gewehre und Karabiner 5 865 000, Maschinengewehre 102 867, Minenwerfer und Mörse von solchen 28 340, Geschütze und Rohre von solchen 33 900, Leisten 27 640, scharfe Artilleriegeschosse und Mienen 37 400 000, scharfe Hand-, Gewehr- und Bursgranaten 15 100 000, scharfe Zünder 58 000 000, Handwaffenmunition 440 000 000. Außerdem sind 14 009 Flugzeuge und 27 695 Flugzeugmotoren den Gegnern ausgeliefert worden.

Um das Vierfache erhöhte Biersteuer.

Die Verhandlungen über die Biersteuer im Reichstagsausschuss für Verbrauchssteuern endeten mit dem Beschluß, der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Erhöhung der Biersteuer auf das Vierfache der bisherigen Steuer beizutreten. Ein Antrag wurde angenommen, der in das Gesetz einen Paragraphen einfügt, wonach Abgaben von Bier für Rechnung von Gemeinden nicht mehr erhoben werden dürfen. Das Reich hat 10 Prozent seiner Einnahmen aus der Biersteuer an die Gemeinden abzuführen.

161,5 Milliarden Fehlbetrag im Reichsetat.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Übersicht über den Reichshaushalt im Rechnungsjahre 1921 übersandt. Der Gesamtabbruch ergibt einen ungedeckten Betrag von 161 541 Millionen Mark. Davon entfallen 95,5 Milliarden auf den Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts, 14,4 Milliarden auf die Fehlbeträge in den ordentlichen Etats der Reichspost und der Reichseisenbahn, 26,2 Milliarden auf die ungedeckten Anleiheausgaben dieser beiden Betriebsverwaltungen und 25,5 Milliarden auf ungedeckte Anleiheausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung.

Wirtschaftsabkommen mit Jugoslawien.

Das von den deutschen und jugoslawischen Unterhändlern Anfang dieses Jahres vereinbarte Wirtschaftsabkommen, das deutscherseits bereits unterzeichnet war, ist nunmehr auch von der Regierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen genehmigt und durch ihre Vertreter gezeichnet worden. Es wird demnächst in Kraft treten.

Zusammenkunft der deutschen Wirtschaftsminister.

Am 12. Dezember findet auf Einladung des Reichswirtschaftsministers in Darmstadt eine Zusammenkunft der Wirtschaftsminister der Länder zwecks Erörterung der gegenwärtigen Wirtschaftslage statt.

Die Forderungen der höheren Beamten.

Bei Besprechungen mit dem Ausschuss des Reichswirtschaftsrates stellte der Reichsbund höherer Beamten die Forderung auf, daß die Gesamtbezüge aller Beamten so hoch zu bemessen sind, daß sie der Kaufkraft des Vorkriegseinkommens entsprechen. Die Spannungen zwischen den Gehältern für obere und untere Beamte sollen erhalten bleiben. Der Teuerungszuschlag ist vierteljährlich entsprechend der Teuerung des vorübergehenden Vierteljahres auf einen für alle Besoldungsgruppen gleich hohen Hundertsatz festzustellen.

Der Sonderbündler Emecht Frankreichs Schicksal.

Im Rheinland wurde bekanntlich der Agitator Emecht, der für die Loslösung der Rheinlande von Deutschland eintritt, von deutschen Behörden unter ausreichenden Gründen verhaftet. Darob große Entrüstung in Frankreich. Eine Anzahl Abgeordneter, selbstverständ-